# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreis: die siebengespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 20 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 25 Goldpfennige, Reklame-Petitzeile 60 Goldpfennige, amtliche Zeile 35 Goldpfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1998

Nr. 136 | Sonntag, den 14. Juni 1925 | 20. Jahrgang


## Deutschtum im Ausland.

**Wie es Deutschen in Brasilien ergehen kann. — Deutsche in Argentinien, Ostafrika und Mazedonien.**

In den letzten Jahren gelang es der Colonia Paulista im Staate Sao Paulo infolge einer regen Propaganda der Kolonieleitung zahlreiche europäische Einwanderer heranzuziehen. Ihre Ländereien liegen bei Aracatuba in Sao Paulo, wo zwei mächtige Landgesellschaften sich um den Besitz von Ländereien streiten. Durch diesen Streit ergaben sich ganz unhaltbare Zustände. Die eine der Gesellschaften ließ, nachdem sie den gegen die andere geführten Prozeß verloren, die Landstraßen von Bewaffneten besetzen. Wie nun die „Deutsche Zeitung" von Sao Paulo mitteilt, trafen am 15. April 13 Schulkinder aus Paulista in Begleitung ihres Lehrers, Herrn Ernst Milksch, in Sao Paulo ein. Sie waren mit ihrem Lehrer am Sonntag, den 5. April, auf einem Ausflug von bewaffneten „Jagunços" überfallen und nach Aracatuba getrieben worden. Die Siedler der Colonia Paulista, die der Sociedade Territorial Brasileiro Nova Patria gehört, wurden aus ihren Häusern vertrieben. Dasselbe Schicksal ereilte die Besitzer einiger neuer Fazendas, die von der Landgesellschaft Coronel Manuel Venta da Cruz Land gekauft hatten. Die andere Gesellschaft (A Rural) sucht sich auf diese Weise in den Besitz der Ländereien zu setzen, die ihr von den Gerichten nicht zugesprochen sind. Diese Ereignisse an der Nordwestbahn Sao Paulos haben ein ungeheures Aufsehen erregt, da man gerade in dem am meisten fortgeschrittenen Staate Brasiliens, Sao Paulo, solche Gewalttätigkeiten in friedlichen Zeiten nicht für möglich gehalten hätte. Geschädigt wurden außer Brasilianern Deutsche, Schweizer und Italiener.

Nach dem Jahresbericht der Deutschen Handelskammer in Buenos Aires belief sich die Einwanderung in Argentinien 1924 auf rund 160 000 Köpfe, der eine Auswanderung von 46 000 gegenübersteht, sodaß die Bevölkerung Argentiniens durch Einwanderung um rund 114 000 gestiegen ist. Gegen 1923 ist die Einwanderung etwas zurückgegangen; der Bericht hebt jedoch die bessere Qualität der Einwanderer gegenüber der Vorkriegszeit hervor.

Die argentinische Regierung hat in den letzten Jahren für die deutsche Einwanderung ein besonderes Interesse gezeigt und manches getan, um den deutschen Einwanderern Land zur Bebauung anzuweisen. Auch von privater Seite ist in diesem Sinne gearbeitet worden. Leider wurde vielfach beobachtet, daß sogenannte Kolonistenvereinigungen, die nach Argentinien abwandern, um möglichst geschlossene Ansiedlungen zu bilden, sich nicht aus Kreisen der Ackerbaubevölkerung zusammensetzen, sodaß teilweise Enttäuschungen bei der Ansiedlung zu verzeichnen gewesen sind. Viele deutsche Einwanderer sind in das argentinische Baumwollgebiet im Norden abgewandert und haben dort, dank ihrer Tüchtigkeit, schon Erfolge zu erzielen gewußt.

Nach einer amtlichen Mitteilung des Auswärtigen Amts in London an das Auswärtige Amt in Berlin werden die besonderen Beschränkungen, welche die Einreise Deutscher ins Tanganjika-Territorium betreffen, am 4. Juni d. J. aufgehoben. Statt dessen werden die allgemeinen Einreisebestimmungen, die für dieses Territorium erlassen sind, Gültigkeit haben. Danach dürfen solche Personen einreisen, die körperlich und geistig vollkommen gesund sind und entweder eine feste Stellung oder eine bestimmte Geldsumme zur Bestreitung des Lebensunterhaltes für längere Zeit nachweisen können. Solange aber das Verbot des Landerwerbs und der Eröffnung von Handelsgesellschaften für Deutsche besteht, kommt eine Einwanderung von deutschen Staatsangehörigen nur in solchen Fällen in Frage, in denen sie Stellungen bei ausländischen Gesellschaften erhalten können.

Ueber das Deutschtum in Mazedonien berichtet Pfarrer Max Brunau im 15. Band der Kulturhistorischen Reihe der Schriften des Deutschen Auslands-Instituts. Der Verfasser gibt zunächst eine allgemeine Einführung landeskundlicher Art über Mazedonien, das Land und seine Leute. Er geht dann im einzelnen der Entstehung und Zusammensetzung des mazedonischen Deutschtums nach und schildert, wie seit dem Beginn der 70er Jahre zunächst die Bahnbauten deutsche Ingenieure und Techniker nach Mazedonien brachten. Ihnen folgten in den 80er Jahren deutsche Kaufleute und der deutsche Handel faßte immer fester Fuß, seitdem die deutsche Levantelinie im Jahre 1890 ihren regelmäßigen Schiffsdienst eröffnet hatte. Eine besondere Gruppe des mazedonischen Deutschtums bilden vereinzelte deutsche Landwirte, deren bedeutendster der Badner Jakob Zeisset war, der auf seinem Mustergut vor allem den Anbau von Opium betrieb. Im dritten Kapitel seines Büchleins schildert Pfarrer Brunau die Deutschen Mazedoniens im Wechsel der Zeiten und gibt ein überaus lebendiges Bild der verwirrenden politischen und kriegerischen Ereignisse auf dem Balkan, gesehen unter dem Gesichtswinkel der deutschen Kolonie von Saloniki. Besonders einschneidend waren die Ereignisse des Bulgarenaufstandes von 1903, der Balkankriege 1912/13 und der Umstellung von der türkischen zur griechischen Herrschaft. Als charakteristisches Beispiel deutscher Tüchtigkeit wird die Wiederherstellung der Eisenbahnbrücke über den Struma-Fluß während weniger Tage durch den Bauinspektor der orientalischen Bahnen, Baurat Hafner, hervorgehoben, eine Tat, die vielleicht entscheidend den Ausgang des ganzen Krieges beeinflußt hat. Auch die Zeit des Weltkrieges wird in ihren einschneidenden Auswirkungen gestreift: der Beginn des Saloniki-Unternehmens der Entente, die zunächst die Deutschen gänzlich ungeschoren ließ, und die Hoffnungen der deutschen Kolonie auf einen Entsatz durch die Armee General Mackensens. Die weiteren Kriegsereignisse hat Pfarrer Brunau nicht miterlebt, da er Anfang des Jahres 1916 Mazedonien verlassen mußte, aber er findet ergreifende Worte auch über das Deutschtum Mazedoniens, das unter der Erde auf den Soldatenfriedhöfen ruht und viel zahlreicher ist, als das Deutschtum, welches jemals dort über der Erde lebte. — Die weiteren Kapitel behandeln schließlich den Deutschen Klub, der seit dem Jahre 1887 bestand, den Deutschen Hilfsverein, der von 1908 bis in die Kriegszeit tätig war, die Deutsche Schule, die von 1897 bis 1915 erfolgreich tätig war, die Deutsche evangelische Gemeinde, die seit 1895 ihren eigenen Pastor hatte und im Jahre 1910 mit 220 Seelen ihren höchsten Stand erreichte.

Zum Schluß wirft Pfarrer Brunau die Frage auf: Kann man heute noch von einem Deutschtum in Mazedonien reden? Und er glaubt, daß die ersten Ansätze beginnenden deutschen Lebens nach dem Kriege zu einer Bejahung dieser Frage berechtigen. Im Jahre 1921 hatte sich bereits ein Häuflein von etwa 60 deutschen Seelen zusammengefunden. Im Jahre darauf regte sich auch in der deutschen evangelischen Gemeinde neues Leben, wenn sie zunächst auch nur als Filialgemeinde von Athen geführt wird. Im November 1924 wurde die deutsche Schule mit 35 Kindern wiederum eröffnet, und zu Beginn dieses Jahres zählte die deutsche Kolonie etwa 150 Seelen. Das ist gewiß nur eine kleine Zahl, und überdies steht fest, daß Mazedonien niemals ein Zukunftsland für deutsche Auswanderer sein wird. D. A. J.

## Graf Kanitz über die Schutzzölle.

Berlin, 12. Juni. Bei den Verhandlungen die heute im Reichswirtschaftsrat über die Agrarzölle stattfanden, machte der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft **Graf Kanitz** folgende Ausführungen:

Die Reichsregierung hat ihre Stellungnahme zur Zollvorlage in den diesbezüglichen Erklärungen des Herrn Reichskanzlers und der beteiligten Ressortminister am 19. Mai 1925 dargelegt. Nachdem nunmehr der Reichswirtschaftsrat in der vorigen Woche Sachverständige aus der Wirtschaft und Wissenschafter von namhaftem Ruf gehört hat, erscheint es notwendig, daß ich vor der Beschlußfassung des Reichswirtschaftsrats die hauptsächlichsten Einwendungen, die in der Oeffentlichkeit gegen Agrarzölle erhoben werden, kurz beleuchte. Ich halte es nicht für geeignet, die einzelnen Positionen des agrarischen Teiles der Zollvorlage durchzugehen, sondern will mich mehr mit den grundsätzlichen Fragen befassen und vor allem die am meisten umstrittene Frage der Getreidezölle kurz behandeln.

Bekanntlich stand die deutsche Landwirtschaft vor dem Kriege hinsichtlich ihrer Intensität an erster Stelle in der Welt. Unser aller Wunsch muß es sein, ihr diese Stellung im Interesse des Volkswohls wiederzugeben. Die deutsche Landwirtschaft kann aber die notwendige Produktionssteigerung nur dann durchführen, wenn die Vorbedingungen für eine leidlich günstige Zukunft geschaffen werden und somit das persönliche Risiko des einzelnen Betriebsinhabers, das für die Produktionssteigerung unerläßlich ist, gerechtfertigt erscheint. Es ist unbestritten, daß die Industrie eines gewissen Zollschutzes nicht entbehren kann. Sie ist auch bereits im Besitze dieses Zollschutzes, der ihr auch sicherlich nicht genommen werden kann und wird. Auf die Dauer ist aber das heutige System des Zollschutzes eines Teiles der Wirtschaft — nämlich der Industrie — ohne den entsprechenden Schutz des anderen Teiles — der Landwirtschaft — nicht haltbar. Es wird sich von Monat zu Monat deutlicher zeigen, daß die Gesamtwirtschaft unter dieser halben Maßnahme schweren Schaden erleidet, da die ungeschützte Landwirtschaft nur noch mit Mühe und Not mitgeschleppt wird. Die Handelsvertragsverhandlungen der letzten Monate haben uns ferner mit rauher Hand die Binde von den Augen gerissen und gezeigt, daß die handelspolitische Tendenz in fast allen bedeutenden Ländern auf eine Erhöhung ihrer Zollsätze hinzielt. Von einer Modernisierung der Handelspolitik ist nichts zu spüren und somit werden wir zwangsläufig vorerst einmal auf den Weg gedrängt, den uns unsere Vertragsgegner vorschreiben.

Der agrarische Teil der Zollvorlage soll aber vornehmlich der Produktionsförderung dienen. Wir dürfen auch nie vergessen, daß die Produktionskosten in Deutschland, auch wenn die Löhne in Uebersee gestiegen sind, doch immer über den ausländischen liegen werden weil die klimatischen Vorbedingungen, z. B. in Kanada, Nordamerika und Argentinien derart günstig sind, daß Deutschland, was diese Hauptvorbedingung anbetrifft, niemals ernstlich konkurrieren kann. Daran hat auch die wirtschaftliche Umwälzung nach dem Kriege nichts geändert.

Ein Teil der Gegner der Getreidezölle ist bestrebt, einen Spalt zwischen Groß- und Kleinbesitz zu tragen, indem irrtümlicherweise dem Bauer klar zu machen versucht wird, daß er an einem Getreidezoll nicht interessiert sei. Der Getreidebau ist und bleibt aber immer das Rückgrat der landwirtschaftlichen Kultur Deutschlands, denn 78 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Flächen Deutschlands dienen dem Getreidebau. Indirekt ist auch der Nur-Viehzüchter an einem blühenden Getreidebau interessiert. Das Zollsystem der Vorkriegszeit hat, wie statistisch erwiesen ist, zu einer erheblichen Steigerung der Hektarerträge beim Körneranbau geführt. Gerade bei diesem Wirtschaftszweig muß der Landwirt auf geraume Zeit hinaus mit einer gewissen Sicherheit der Entwicklung rechnen können und diese Sicherheit wurde ihm durch den Getreidezollschutz gegeben. Die deutsche Landwirtschaft hat nur einen Vorsprung gegenüber der Landwirtschaft in Uebersee; dieser ihr Vorsprung wird jedoch beseitigt, wenn man nur den Getreidebau nicht schützt. Die Wissenschaftler, die gegen Getreidezölle und für den Zollschutz von Vieh und Milchprodukten sind, haben diese Gefahr meines Erachtens außer Acht gelassen. Es liegt klar auf der Hand, daß auf die Dauer gesehen der Getreidebau zurückgehen muß, wenn er als einziger Wirtschaftszweig ohne Zollschutz bleibt. Die Reichsregierung kann es aber nicht verantworten, durch eine ungleichmäßige Behandlung der einzelnen Zweige der Landwirtschaft den gemischtwirtschaftlichen Charakter derselben Schaden leiden zu lassen. Ein Teil der Freihändler auf dem Getreidegebiet, wenn auch nicht die Mehrzahl, rechnet nur mit einem Steigen der Getreidepreise und hält deshalb Getreidezölle für unratsam. Die Reichsregierung kann sich diesem Standpunkt nicht anschließen, da mindestens ebensoviele Gründe gegen ein Steigen der Preise sprechen als dafür, abgesehen von vorübergehenden Schwankungen. Tatsächlich hat das Anziehen der Getreidepreise im vorigen Herbst bereits eine erhebliche Vermehrung der amerikanischen Anbaufläche für Getreide gezeitigt, die von amtlichen amerikanischen Stellen für 1925 auf etwa 2,8 Millionen Hektar geschätzt wird. Es ist jedenfalls m. E. eher mit einer Vermehrung der Weltproduktion — also mit Ueberangebot und sinkendem Preisstand — zu rechnen, als mit der umgekehrten Eventualität. Die jetzt getätigten Termingeschäfte bestätigen meine Auffassung. Einem Preissturz jedoch ist der deutsche Getreidebauer in Anbetracht seiner unbestrittenen schwierigen Situation nicht mehr gewachsen. Auch grundsätzliche Gegner von Getreidezöllen unter den Wissenschaftlern erkennen die Unmöglichkeit des Fehlens eines Getreidezollschutzes bei bestehendem Industriezollschutz an, haben bloß meines Erachtens keine wirklich wirksamen und praktisch durchführbaren Ratschläge an die Hand geben können. So haben einige von ihnen Bereitschaftszölle für Getreide gefordert, die in Zeiten des Preissturzes in Kraft treten sollen. Einmal sind m. E. aber Bereitschaftszölle handelspolitisch unmöglich, da ein Handelsvertrag, bei dem sich der eine Teil für Zeiten der Not Bereitschaftszölle vorbehält, kaum zustande kommen könnte oder doch nur sehr ungünstig aussehen würde, zum anderen würde die Beratung von Bereitschaftszöllen doch erst einsetzen, wenn der Preissturz im Gange ist. Der Bereitschaftszoll würde also schließlich erst dann beschlossen werden, wenn der Landwirt aus Angst vor weiterem Preissturz sein Getreide zu jedem Preis verkauft hat; den Nutzen des Bereitschaftszolls würde also nicht der Landwirt, sondern wahrscheinlich nur der Handel oder die Mühlen haben. Schließlich würde auch die Möglichkeit, über Bereitschaftszölle zu beraten — und der Reichstag würde sich davon nicht ausschließen lassen — den innerdeutschen Kampf um die Zölle verewigen. Die Wirtschaftsgeschichte des letzten Jahrhunderts zeigt im übrigen, daß Bereitschaftszölle und auch gleitende Zölle meist wieder abgeschafft wurden, weil sie sich in der Praxis als völlig ungeeignet erwiesen haben.

Die im Gesetzentwurf vorgesehene

**Wiedereinführung von Mindestzöllen**

für die vier Hauptgetreidearten ist besonders Gegenstand von Angriffen geworden; dieses war zu erwarten. Die Reichsregierung muß jedoch auf die Wiedereinführung von Mindestzöllen den größten Wert legen, weil wir wirtschaftlich und politisch zu schwach sind, um uns bei den Handelsvertragsverhandlungen wirksam gegen ein zu starkes Herabdrücken der Getreidezölle wehren zu können, und gerade die letzteren sind ja bekanntlich das